

Und wenn ich meinte, wir müssen miteinander leben lernen, heißt das, wir müssen mit den Befindlichkeiten auf beiden Seiten Deutschlands umgehen lernen. Dazu gehört natürlich auch diese Erfahrung, daß die Reparationslasten, die hier natürlich anders erfahren wurden als der Marshallplan in der Bundesrepublik, einfach dazugehören, und daß man das mal mit nennen kann am Anfang. Das heißt doch noch lange nicht, daß es seriös wäre, 700 Mrd. mehr einzuklagen, und Herr Pohl nickt dort hinten. Natürlich, wir haben es im Wirtschaftsausschuß doch gesagt: Hat es eine Rolle gespielt bei den Verhandlungen zum 1. Staatsvertrag? Nein, daran wurde überhaupt nicht gedacht. Und das ist nicht richtig. Natürlich kann man erst mal alles, was an Problemen und an Dingen da war, auf den Tisch legen, und dann kann man sehen, wie machen wir nach vorn vernünftig Politik.

Das ist das Entscheidende, und da kamen natürlich einige Beispiele, auch gerade jetzt von der SPD, wie man natürlich Dinge, z. B. die steuerlichen Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik, nun wirklich einklagen kann oder meines Erachtens sogar muß. Der verlängerte Warentisch DDR, die Mehreinnahmen von 400 bis 500 Mrd. bis 1994 in den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik und der Länder, das sind doch Summen, meine Damen und Herren, die können doch nicht alle dort drüben bleiben. Da können wir doch wirklich mit gutem Gewissen etwas geltend machen, und das, glaube ich, findet auch die Mehrheit. Und genauso geht es beim Länderfinanzausgleich oder bei anderen Dingen.

Ich würde sagen, wenn wir schon immer dieses Beispiel bringen, oder sagen wir nicht dieses Beispiel, wenn mir es so oft in den Sinn kommt hier, daß 40 Jahre Rechtsperiode eines Unrechtregimes - da gibt es gar keinen Zweifel - aber daß 40 Jahre Rechtsperiode hier völlig übergangen werden sollen, dann ist das sicher ein Problem. Ich will bloß mal deutlich machen, auch die Amerikaner haben ja Land sehr billig von den Indianern gekriegt. Wir können nicht alles beliebig weit zurückrechnen. Wir müssen auch damit leben, daß etwas durch die Zeit einfach akzeptiert werden muß. Ich denke, das ist manchem nicht so ganz deutlich. Aber Alaska geht eben nicht zurückzugeben, wahrscheinlich, obwohl die Indianer sehr wohl ein moralisches Recht hätten oder andere.

Ich will also jetzt sagen, wenn es also darum geht, eine Marktwirtschaft hier jetzt zu installieren, in diesem Teil der DDR, dann könnte es durchaus sinnvoll sein, etwas anderes zu machen. Und nun bringe ich ein anderes Beispiel, was eben Ludwig Erhard gemacht hat, einen Lastenausgleich oder ein Lastenausgleichspaket mit zu verabschieden, das eben eine Umverteilung vorsieht von den Hochverdienenden zugunsten derer, die hier mit wenig Kapital starten. Und da könnte man überlegen, ob man mit Investitionshilfen und mit den genannten Mehreinnahmen, die in der Bundesrepublik entstehen, hier nicht nach vorn strukturpolitische Entscheidungen treffen kann, die dann wirklich den DDR-Bürgern zugute kommen. Wo sie nicht irgendwie Geld geschenkt bekommen, wo sie sich selber aktiv an diesem Aufbau beteiligen und wo sie selbst den Aufschwung erleben können, der ihnen 1945 vielleicht am Anfang noch sichtbar sein konnte, aber im Vergleich zur Bundesrepublik wohl nie so richtig akzeptabel vorkommen konnte, daß es wirklich voranging. Wichtig ist, daß es jetzt für die DDR-Bürger nicht wieder eine Durststrecke gibt, die über die Maßen lang wird und damit die Befindlichkeit in einem gemeinsamen Deutschland nicht befördert, sondern eher behindert.

Und in diesem Sinne, denke ich, sollten wir weiter nach vorn Politik machen und durchaus auch noch einmal in Bonn anmahnen, daß hier Interessen von DDR-Bürgern vertreten werden in diesem Hohen Hause, und mir ist es dann letztlich natürlich zwar schwerlich, wenn es von der PDS kommt, aber es ist noch kein Grund, ein Thema, das durchaus seine Berechtigung hat, dann völlig auf den parteipolitischen, wahltaktischen Horizont zu reduzieren. Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Eindruck, der erweckt worden ist, das Präsidium hätte Anträge der Fraktion Bündnis

90/Grüne anders behandelt als alle anderen Anträge, die wir gemäß Geschäftsordnung behandelt haben, nicht der Wahrheit entspricht.

(Vereinzelt Beifall, vorwiegend bei CDU/DA)

Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Hagemann.

Dr. Hagemann für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bemühungen der PDS, Geld in die Kassen der DDR und danach in die Länder zu bringen, kann vielleicht als ein Versuch gesehen werden, die Folgen einer verfehlten DDR-Wirtschaftspolitik zu mildern. Den Vorschlag, andere Geldquellen einzusetzen, will ich Ihnen und uns, Herr Gysi, ersparen. Dies aber durch die Forderung nach Ausgleichszahlungen durch die Bundesrepublik zu versuchen, ist paradox.

Zur Sachlage: Im Februar 1945 tagte die Konferenz von Jalta. Die Regierungschefs Churchill, Roosevelt und Stalin beschlossen, Reparationsleistungen von dem besiegten Deutschland zu verlangen. Die Reparationen sollten in drei Formen eingezogen werden:

- a) als einmalige Konfiskation innerhalb von zwei Jahren
- b) alljährliche Warenlieferungen für einen noch festzulegenden Zeitraum
- c) Verwendung deutscher Arbeit.

Diese Festlegung der Gesamtsumme und ihre Verteilung wurde der Moskauer Reparationskommission übertragen. Nach dem damaligen Vorschlag der Sowjetunion sollte die Gesamtsumme 20 Mrd. Dollar betragen, wovon die Hälfte der Sowjetunion zukommen sollte. Es wurde festgelegt, die Reparationsansprüche der UdSSR sollten durch die Entnahme aus der sowjetischen Zone Deutschlands befriedigt werden. Die UdSSR würde die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil befriedigen.

15 % der Industrieanlagen aus westlichen Zonen sollte die UdSSR erhalten im Austausch für Nahrungsmittel, chemische Grundstoffe, Kohle u. a., 10 % der Industrieanlagen auch aus westlichen Zonen ohne Bezahlung oder Gegenleistung irgendwelcher Art. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreiches und anderer anspruchsberechtigter Ländern sollten aus den westlichen Zonen befriedigt werden.

Die westlichen Zonen waren also, auch an Reparationsleistungen an die Sowjetunion beteiligt. - Dies ist vielleicht die Antwort auf die Frage von Ihnen, Herr Prof. Heuer. - Die Entnahme von Industrieanlagen sollte nach zwei Jahren abgeschlossen sein. Die Ungleichbehandlung der Zonen durch Verzicht der Westmächte auf einen Teil der Reparationen kann demzufolge doch jetzt nicht reklamiert werden und besonders, meine ich, nicht von der PDS, wobei die Freundschaft zur Sowjetunion von der SED und der SED-PDS doch geradezu institutionalisiert wurde. Die Nachteile der DDR sind unstrittig, und sie wurden verschärft durch die verfehlte sozialistische Wirtschaftspolitik. Die Folgen waren und sind doch in beiden Staatsverträgen unser gegenwärtiger Beschäftigungsgegenstand.

Wenn Forderungen bestehen an die Bundesrepublik - an wen sollte dann theoretisch gezahlt werden? An die Nach-DDR? An Deutschland nach dem Beitritt? Oder will sich eine Partei als Sachwalter der ehemaligen DDR sehen? - Doch sicher nicht.

Die Rechnung, die der Begründung des Antrages angefügt ist, berücksichtigt nicht, daß die Bundesrepublik erhebliche Wiedergutmachungsleistungen erbracht hat, auch in Form des Lastenausgleichs. Wir haben nichts gezahlt. - Danke schön.

(Beifall vor allem bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Wir sind damit am Ende der Aussprache angekommen. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, diesen Antrag der Fraktion der PDS, verzeichnet in Drucksache Nr. 182, an den Ausschuß für Deutsche Einheit zu überweisen. Wer mit dem Überweisungs-